

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Januar 550 M., mit Zustellungsgebühr 550 M., Bezugszeitung 550 M. | Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 90 M., die Reklamseite 75 M. Mindestbetrag bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersetzung. | eines Auftrags 90 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsweigerung ist der Rabatt vollständig.

Nr. 3.

Altensteig, Donnerstag den 4. Januar.

Jahrgang 1918

Eine abgelehnte Friederbürgschaft.

Der zweite Tag des neuen Jahres hat die Fortsetzung der Konferenz gebracht, die am 11. Dezember in London abgebrochen und vertagt wurde. Die Londoner Konferenz war eine abgelehnte Tagung des sogenannten Obersten Rates der Entente, die aber nicht so genannt werden wollte. Vertreten waren die Regierungen Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens durch ihre leitenden Staatsmänner nebst Zuhörer. Eingegangen war ein deutsches Angebot, das von Poincaré unbesehen abgelehnt, von der Konferenz jedoch nur für „unbefriedigend“ erklärt, von der Presse aller vernünftigen Länder hinterher als annehmbare Grundlage für eine Verständigung gewürdigt wurde. Staatssekretär Bergmann, der für alle Fälle nach London geschickt worden war, kam gar nicht zu Wort.

In London hatten die beiden Ziele miteinander gerungen, die nicht miteinander vereinbar sind, da sie in verschiedenen Welten liegen: das wirtschaftliche Ziel der allgemeinen Beruhigung, wofür die ganze Welt, außer Frankreich, eintritt oder doch zu haben ist, und das politische Ziel der Beförderung der deutschen Staats-einheit, wofür Frankreich blind und starrköpfig arbeitet. Diese beiden Ziele werden auch in Paris ihren Ringkampf fortsetzen. Poincaré hat um die Jahreswende seiner Presse die Weisheiten bekanntgegeben, womit er sein Ziel zu erreichen gedenkt. Sie lauten darauf hinaus: Auslösung der deutschen Wirtschaft durch den französischen Bureaukratismus und Militarismus, ohne daß Frankreich förmlich die Verantwortung für die deutsche Staatsverwaltung übernimmt. Am Rhein und an der Ruhr sollen die französischen Saugpumpen angeheißt werden, und wenn die Entente Frankreich nur freie Hand läßt, so zweifelt Poincaré nicht daran, daß vor Ablauf des „Moratoriums“ der Ruin Deutschlands unabwendlich sein werde. Sollte der deutsche Wirtschaftskörper dann noch unerwartete Feiden von Lebenskraft von sich geben, so soll automatisch eine verstärkte Auspumpung des deutschen Sklavenlandes einsetzen. Poincaré-la guerre wünscht von seinen Verbündeten die Genehmigung dazu zu erhalten, nach einige Jahre mit dem Frieden Europas und der Welt spielen zu dürfen. Jedenfalls so lange, bis er Frankreichs „Sicherheit“ dadurch vervollständigt hätte, daß er das Land zwischen West-Europa und Ost-Europa in einen Hungerkessel verwandelt hat. Die Reigung, diesem verdröckerischen Größenwahn eine Blankovollmacht zu erteilen, ist nirgendwo groß, nicht einmal beim seelenverwandten Diktator Mussolini. Ebenso gering aber ist die Reigung, dem verdröckerischen Größenwahn in den Arm zu fallen.

Die deutsche Regierung sieht, zum Unterschied von ihrer Vorgängerin, die Dinge, wie sie sind, nicht wie sie möchte, daß sie wären. Dafür legt die Rede Jennings ab, die Reichskanzler Cuno am letzten Tage des Jahres der Enthüllungen, vor der Hamburger Kaufmannschaft gehalten hat. Nach Plänen, nach Garantien schreit unermüdet der Poincarismus. Reichskanzler Cuno bietet ein großes und starkes Pfand: die vereinigte deutsche Wirtschaft, die für Bekleidung aus der Schuldnechtschaft arbeiten will. Ein besseres Pfand kann keine Macht der Erde den Franzosen verschaffen, aber „produktiv“ kann dieses Pfand nur dadurch gemacht werden, daß man ihm Gelegenheit zu ungehörter Arbeit gibt. Cuno hat — wie man aus seiner Rede erfährt — Frankreich auch eine große und starke Garantie geboten, eine Garantie, von der der sonst so redselige Poincarismus nichts hat verstanden lassen. 15 Jahre laufen die Besatzungsfristen im Rheinland nach dem Versailler Vertrage, vom Januar 1920 an gerechnet. Cuno hat für 30 Jahre, also bis 1950, das Besatzungsrecht einer am Rhein nicht interessierten Macht — gedacht ist wohl an Amerika — als Treuhänderin dafür angeboten, daß die interessierten Mächte sich nicht ohne besondere Volksabstimmung bekriegen. Keine Macht der Erde könnte Frankreich eine wirksamere Garantie gegen einen deutschen Angriff auf ein Menschenalter hinaus bieten. Man hat dem letzten Kriege vorgeworfen, er sei von wenigen Perleuten „gemacht“ worden. Man hat behauptet, wenn die Völker die Entscheidung gehabt hätten, wäre es nie zum Kriege gekommen. Nun wohl, hier sollten zwei mögliche — und, wenn der Poincarismus freie Hand behält, — wahrscheinliche Gegner 30 Jahre lang durch eine dritte Macht auseinander gehalten werden, bis eine Volksabstimmung über Krieg oder Frieden entschieden hätte. Das bedeutete

von seitens Deutschlands nicht mehr und nicht weniger als den Verzicht auf den Revanchekrieg. Wenn Frankreich diesen Revanchekrieg so sehr fürchtet, wie es, noch zuletzt durch Clemenceau in Amerika, immer wieder versichert, hätte es dann nicht mit Freunden dies Angebot deutschen Friedensbedürfnisses aufgreifen müssen? Frankreich aber hat dies Angebot abgelehnt. Kann es einen vändigeren Beweis dafür geben, daß der Poincarismus sich die Gelegenheiten nicht will schmalen lassen, über das wehrlose Deutschland herzufallen? Es wird lehrreich sein zu beobachten, welche Stellung die öffentliche Meinung der Welt zu dieser Enthüllung nehmen wird.

Die Ablehnung der ehrlichen, deutschen Friederbürgschaft durch Frankreich zeigt — so schreiben die „Leipziger Nachrichten“ — uns am besten, wie fürchterlich ernst die Entscheidung ist, der wir entgegengehen. Wir können es uns selbst nicht oft genug in die Ohren rufen: es geht darum, ob wir uns die Freiheit in jahrzehntelanger, härtester Arbeit neu jollen verdienen dürfen — oder ob rohe Siegerwillkür auf das unbewehrte deutsche Haus losgelassen werden soll.

Unsere Zeitung bestellen!

Die Pariser Konferenz.

Poincaré und der deutsche Vorkriegsplan.

Paris, 3. Jan. In der Eröffnungsitzung der Pariser Konferenz gab Poincaré Erklärungen über einen von Deutschland in Washington vorgelegten Antrag zur Abwehr einer Kriegsgefahr in Europa bekannt. Die deutsche Regierung hatte dem Staatssekretär Hughes durch ihren Botschafter mitteilen lassen, daß sie bereit sei, einem Vertrag beizustimmen, wonach Deutschland, Frankreich, England und Italien sich gegenseitig für die Dauer eines Menschenalters, also 30 Jahre, jeden kriegerischen Angriff enthalten müssen, es sei denn, daß eine Volksbefragung einen Krieg verlangt. Poincaré, dem dieser Vorschlag sofort mitgeteilt wurde, telegraphierte an den französischen Botschafter in Washington, daß dieser von Deutschland vorgeschlagene Vertrag ohne Zweifel ein Randver der deutschen Regierung (!) am Vorabend der Pariser Konferenz sei. Er fügte hinzu, daß man sich fragen müsse, warum die deutsche Regierung einen derartigen Vorschlag auf die Dauer von 30 Jahren begrenze. Ein derartig begrenztes Versprechen sei vollständig illusorisch. In weniger als 30 Jahren könne die deutsche Propaganda ungehemmt solche Revanchegedanken erwecken, daß eine Volksbefragung einem Angriff gegen Frankreich günstig sein würde. Andererseits versage die französische Verfassung der Volksvertretung das Recht auf Krieg und Frieden und es wäre nicht möglich, sich diesem Recht ohne Veränderung der Verfassung zu entziehen. Das französische Parlament würde übrigens niemals die Initiative zu irgend einem Krieg ergreifen. Um dem deutschen Versprechen einen Wert zu geben, müßte ein derartiger Vertrag durch ein Defensiv-Militär-Bündnis mit England und den Vereinigten Staaten unterstützt werden. Nach einer neuerlichen Unterredung des französischen Botschafters mit Staatssekretär Hughes, wobei der deutsche Vorschlag schriftlich zugrunde gelegt war, erwiderte Poincaré gleichfalls ablehnend. Er sagte, daß der Versailler Vertrag in seinem Artikel 10 bereits ein formelles Versprechen eines kriegerischen Angriffs enthalte und daß Deutschland, falls es in den Völkerbund eintrete, die Vorteile und Pflichten dieser Bestimmung übernehmen würde. Der vorgeschlagene Vertrag sei also überflüssig (!) und er hätte den Nachteil, den Artikel 10, der nicht auf 30 Jahre begrenzt ist, und der durch keine Volksbefragung beseitigt werden kann, abzuschwächen. In diesem Augenblick, so fügte Poincaré gestern hinzu, will Deutschland in der Frage der Sanktionen, die früher oder später ergriffen werden müßten, Unklarheit verbreiten. Frankreich will aber nicht in diese Falle gehen. Schließlich hat Poincaré den französischen Botschafter beauftragt, dem Staatssekretär Hughes die gefährliche Heuchelei des deutschen Vorschlags (!) klar zu machen.

Paris, 3. Jan. Aus Washington wird gemeldet, Staatssekretär Hughes erklärte offiziell den letzten deutschen Vorschlag, der auf eine feierliche Verpflichtung gegen Kriegsgefahr zwischen Frankreich und den anderen am Rhein interessierten Mächten hinzielt, als gescheitert. Die Note Hughes fügt hinzu, daß die deutsche Anregung Frankreich in nicht offizieller Weise mitgeteilt wurde.

Zus französische Programm.

Paris, 3. Jan. Das von Poincaré vorgelegte Programm lautet: Es gelte

1. den Versuch einer Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden ausfindig machen,
2. die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen,
3. sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Pfänder, deren Beschlagnahme durch die französische Regierung, sowohl um die während der Dauer des Moratoriums zu leistenden Zahlungen sicherzustellen, als auch um einem späteren Versagen Deutschlands vorzubeugen.

Deutschland habe verlangt

1. eine Herabsetzung seiner Reparationsschuld,
2. die Festsetzung dieser Schuld nach Maßgabe seiner etwaigen Budgetüberschüsse.

Die letzte Forderung sei offensichtlich unangänglich. Die Budgetüberschüsse Deutschlands seien ja abhängig von seiner Politik und von seinem guten Willen. Die Erfahrungen der Vergangenheit könnten nicht das mindeste Vertrauen in die Zukunft einflößen. Die französische Regierung erinnere in besonderer Note ihre Alliierten an die unzähligen Verschulungen, die Deutschland in den letzten Monaten begangen habe. Sie seien bezeichnend und könnten den Franzosen keinerlei Illusion lassen. Die französische Regierung erkläre, daß sie nicht geneigt sei, irgend eine Herabsetzung ihres Anteils an den Zahlungen zu akzeptieren, die Deutschland auf Grund des Zahlungsstatus schuldig sei. Dieser Anteil sei ja heute schon nicht genügend, um die Pensionslasten und den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete zu decken. Eine Herabsetzung der deutschen Schuld könne also von der französischen Regierung nur dann in Betracht gezogen werden, wenn gewisse Interessen ihrer Alliierten eine etwaige Herabsetzung oder anderweitige Regelung ihrer Forderungen an Deutschland durch Abänderung ihrer Anteilsätze und die Gewährung einer Priorität für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete angehe. Es sei nicht Sache Frankreichs, in diesem Punkt der Disposition der übrigen Gläubiger Deutschlands vorzugreifen. Ein offizielles Dokument der englischen Regierung habe jedoch verneinen lassen, daß diese geneigt sei, ihre Forderungen an Deutschland unter gewissen Bedingungen, die die Frage der interalliierten Schulden betreffen, aufzuheben oder herabzusetzen.

Weiter führt die Note aus, die französische Regierung könne weder Kapital noch Zinsen bezahlen, solange sie nicht durch deutsche Zahlungen für den Wiederaufbau gedeckt sei. Sie sei aber bereit, die Obligationen C, die sie für eigene Forderungen erhielt, zu annullieren, wenn dieser Modus von den anderen Mächten insgesamt akzeptiert werde. Es liege im gemeinsamen Interesse der Alliierten und Deutschlands, die Bezahlung der Schulden in einem beschränkteren Zeitraum zu sichern als den, der für die Tilgung der Obligationen A und B vorgesehen sei. Die vorwegnehmen ihm also bis zu einem noch zu bestimmenden genommene Zahlungen, die Deutschland leisten würde, Datum zu einem angemessenen Tage diskontiert werden. Da solche Zahlungen von Deutschland nur nach Aufnahme einer äußeren Anleihe geleistet werden könnten, so müßten die alliierten Regierungen eine solche in jeder Weise begünstigen. Die französische Regierung glaube übrigens, daß in naher Zukunft derartige Anleihen möglich seien, und daß schon heute in Deutschland für sie wirkliche Sicherheiten geschaffen werden könnten, die vom Garantieausfluß kontrolliert werden sollten, dem Vertreter der Anleihezeichner beigegeben würden.

Der englische Reparationsplan.

Paris, 3. Jan. Der britische Reparationsplan steht die Gewährung eines Moratoriums von 4 Jahren an Deutschland vor, nach dessen Ablauf Deutschland für weitere 4 Jahre je 2 Milliarden Goldmark, für weitere 2 Jahre je 2½ Milliarden und dann 3½ Milliarden oder eine kleinere, von einer unparteiischen Instanz festzusetzende Summe, jedoch nicht weniger als 2½ Milliarden, zahlen soll. Die Kohlenlieferungen an Frankreich, die Kohlenlieferungen an Italien und wenn möglich die Farbstofflieferungen sollen zunächst in eingeschränktem Umfang fortgesetzt werden. Deutschland soll versuchen, die Mark zu stabilisieren, das Gleichgewicht im Reichshaushalt wieder herzustellen und eine von den Alliierten für notwendig gebaltene finanzielle Überwachung annehmen. Im Falle einer Beschlagnahme soll Deutschland den von den Alliierten einstimmig für erforderlich erklärten Maßnahmen (einschließlich zwingender Beschlagnahme der Einkünfte

